



Interviews

Datum: 05.01.2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff

Heinemann: Kevin allein im Haus. Das hatte sich der Abgeordnete McCarthy, aus dem US-Bundesstaat Kalifornien sicher anders vorgestellt: Wahl zum Sprecher des Repräsentantenhauses und Feier der Wiedereroberung der Parlamentskammer durch die Republikaner – stattdessen eine öffentliche Selbstzerfleischung der Roten – Rot ist die Farbe der Konservativen. McCarthy gilt den straff Rechten als zu links und das lassen sie ihn spüren. Die Folge: Die Republikaner verweigerten Kevin McCarthy auch im sechsten Wahlgang eine Mehrheit für die Wahl zum Sprecher. Das US-Repräsentantenhaus ist weiterhin nicht handlungsfähig. Der Hintergrund: Bei den Zwischenwahlen vom 08. November hatten die Republikaner nur eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus gewonnen. Sie stellen 222 der 435 Abgeordneten, das liegt nur knapp über der Mehrheit von 218 Stimmen. Von wegen also „rote Welle“. Am Telefon ist Alexander Graf Lambsdorff, Außenpolitiker und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Bonn. Zum Jahreswechsel wurde bekannt, dass Graf Lambsdorff im Sommer als deutscher Botschafter nach Moskau entsandt werden soll. Guten Morgen.

Lambsdorff: Guten Morgen Herr Heinemann.

Heinemann: Graf Lambsdorff, wie beschädigt ist Kevin McCarthy?

Lambsdorff: Ich kann mir kaum noch vorstellen, dass Kevin McCarthy diesen Prozess überstehen wird. Das, was die Ultra-Konservativen da gerade vollziehen, zielt ja darauf ab, ihn aus dem Rennen zu schießen, sozusagen in einem „Abnutzungskrieg“ so lange gegen die Fraktionsführung aufzutreten, bis ein anderer Kandidat sich herausstellt, den man dann wählen kann. Ob es diesen Kandidaten gibt, der genug Stimmen bekommt, ist eine völlig andere Frage. Aber ich habe Mühe mir vorzustellen, dass Kevin McCarthy noch Speaker und Nachfolger von Nancy Pelosi werden kann.

Heinemann: Wer könnte der andere werden?

Lambsdorff: Da gibt es verschiedene Namen, die genannt werden. Aber das große Problem ist, dass es hier ein Dilemma gibt. Wenn sie Teil der Fraktionsführung sind, also eine gewisse Prominenz haben, eine gewisse Erfahrung haben, dann sind sie genau das, was die ultrakonservativen Rebellen ja ablehnen, denn die haben ja auch inhaltliche Forderungen. Dass beispielsweise das ganze System, wie der amerikanische Kongress funktioniert, sich ändern soll, also beispielsweise, dass die Fraktionsführungen weniger Macht haben sollen. Aber wenn sie nicht der Fraktionsführung angehören, sondern aus einem der politischen Lager kommen, eher moderat oder eher konservativ, dann wird es schwer sein, eine Mehrheit bei den Republikanern für egal wen zu finden. Die Namen, die da genannt werden, sind ganz unterschiedlich. Steven Scalise aus Louisiana ist dabei, Elise Stefanik aus New York oder eben Jim Jordan aus Ohio, der ja der Anführer der Rebellen war, jedenfalls haben die Rebellen ihn selber zu ihrem Anführer gemacht. Aber ob einer von denen wirklich die Stimmen kriegen kann, ist eine völlig offene Frage.

Heinemann: Welchen kleinsten gemeinsamen Nenner gibt es in dieser neuen republikanischen Fraktion überhaupt noch?

Lambsdorff: Der kleinste gemeinsame Nenner ist, dass man den Demokraten das Leben möglichst schwer machen will. Und da gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das geht. Die moderaten Republikaner sagen, es geht darum, politische Ziele zu verwirklichen, also bestimmte Gesetze und Projekte umzusetzen. Mal ein Beispiel, die Mauer an der Grenze zu Mexiko, also eine harte Befestigung der Südgrenze, härteres Asylrecht, mehr Disziplin bei den Staatsausgaben – das sind die Moderaten. Und dann haben wir auf der anderen Seite die Erzkonservativen, die ja nicht auf einer inhaltlichen Plattform, mit einem inhaltlichen Programm angetreten sind, sondern mit dem populistischen Satz, ‚den Washingtoner Sumpf trocken zu legen‘. Denen geht es darum, wirklich die Verfahren zu stören, dem Staat die finanziellen Mittel zu entziehen und die Art und Weise, wie der Kongress, insbesondere das Repräsentantenhaus funktioniert völlig fundamental zu ändern. Interessanterweise – das ist ganz spannend, wenn man da ein bisschen zurückschaut – sind sie einerseits die Erben eines ihrer Vorgänger, von Newt Gingrich, der 1994 der Sprecher wurde und gleichzeitig wollen sie sein Erbe auch zerstören. Denn was Newt Gingrich getan hat, war den Kongress, das Repräsentantenhaus so aufzustellen, dass einzelne Abgeordnete praktisch keinen Einfluss auf die Gesetzgebung hatten, sondern die Frak-

tionsführung das praktisch allein entscheiden konnte. Genau das wollen jetzt die konservativen Rebellen wieder zurückdrehen und das Gesetzgebungsverfahren also dem Einfluss aller Abgeordneten wieder öffnen. Das ist etwas, was Kevin McCarthy ihnen sogar schon zugesagt hat, aber offenbar reicht das nicht.

Heinemann: Innerhalb der republikanischen Partei – das haben Sie gerade beschrieben, aber es gilt sicher auch für die Demokraten – gibt es sehr unterschiedliche Strömungen. In anderen Demokratien hat sich das Parteienspektrum erweitert, bei uns zum Beispiel mit der Linken oder mit der AfD. Welche sind die Stärken und Schwächen des US-Zweiparteiensystems?

Lambsdorff: Also, die Stärke ist, dass die Theorie vom „großen Zelt“ ganz gut funktioniert. Das heißt, man hat große Parteien mit – wie Sie es gerade gesagt haben – unterschiedlichen Strömungen, die sich aber dann, wenn man sich in Washington trifft, in einem großen Zelt, dem Zelt der Republikaner oder dem Zelt der Demokraten versammelt und versucht, geschlossen zu agieren. Das heißt, man hat wenig Gefahr, dass das Parlament als solches sich parteipolitisch aufspaltet, wie wir das in manchen anderen Parlamenten kennen. Ältere Hörerinnen und Hörer werden sich an Italien in den 80er/90er Jahren erinnern, da war das ja geradezu notorisch. Der Nachteil ist aber, dass natürlich die Parteien selber es nicht mehr schaffen, bei wirklich zentrifugalen Kräften, wie wir es gerade sehen, die Leute sozusagen im Zelt zu halten, sondern wir hatten einige Leute, die sagen, wir sind zwar theoretisch Teil dieses großen Zeltes, aber wir stehen lieber draußen und beschimpfen diejenigen, die im Zelt sind. Und das ist das, was wir jetzt gerade sehen. Die werden sich nicht anders organisieren, die werden keine neue Partei gründen. Weil das amerikanische Wahlsystem das nicht hergibt einfach dadurch, dass die Wahlkreise so zugeschnitten sind, dass immer ein Demokrat, immer ein Republikaner, der den Sitz bereits hat, die Chancen hat, wiedergewählt zu werden. Das heißt, eine dritte Partei, den berühmten *third party candidates*, ist chancenlos in Amerika. Und insofern gibt es keine Möglichkeit, das System – im Moment jedenfalls – zu durchbrechen, zu erneuern, zu differenzieren. Denn das wäre ja eigentlich – jedenfalls aus europäischer Sicht – der logische Weg, bei dem, was die Rebellen hier gerade tun.

Heinemann: Probe aufs Exempel: Was könnte diese gespaltene Mehrheitsfraktion bedeuten für die Unterstützung der USA für die Ukraine?

Lambsdorff: Ja, Herr Heinemann, das ist genau der Punkt, wo es Europa unmittelbar betrifft. Im Moment haben wir gar kein Repräsentantenhaus. Ohne einen Parlamentspräsidenten – das ist ja der Speaker – können die Abgeordneten nicht vereidigt werden. Das ist anders als bei uns. Wenn sich der Bundestag konstituiert, dann sind die Abgeordneten schon Abgeordnete. Das ist im amerikanischen System anders. Und solange die Abgeordneten nicht vereidigt sind, solange die Ausschüsse nicht besetzt sind, gibt es keine Gesetzgebung und es gibt auch keine Haushaltsbewilligung. Und das Geld, das von den Demokraten und Republikanern in der letzten Legislatur für die Ukraine vorgesehen worden ist, das muss auch dann sozusagen zugewiesen werden. Und solange das Repräsentantenhaus nicht konstituiert ist, kann es diese Unterstützung, kann es diese Zuweisung nicht geben. Und das würde uns wirklich unmittelbar betreffen, weil Europäer und Amerikaner sich im Grunde darauf geeinigt haben, halbe-halbe die Ukraine bei ihren laufenden Ausgaben zu unterstützen. Insofern kann das für uns noch ganz reale Probleme haben.

Heinemann: Graf Lambsdorff, wir wollen ein anderes Thema noch kurz ansprechen. Die USA erwägen – nach Angaben von Präsident Biden – die Lieferung eines bestimmten Typs Schützenpanzer an die Ukraine. Es geht um Bradley Fighting Vehicles, das sind mittelschwere gepanzerte Infanteriefahrzeuge. Zuvor hatte Frankreich ja die Lieferung des leichten Kampfpanzers des Typs AMX angekündigt. Entsteht dadurch für die Bundesregierung eine neue Lage?

Lambsdorff: Ich glaube, dass das insgesamt eine neue Lage ist für den gesamten Westen, wenn jetzt einzelne Länder hingehen und neue Kategorien liefern, in der Tat. Die Diskussion haben wir ja in Berlin ganz genauso. Und dass jetzt also Bradley Schützenpanzer eventuell geliefert werden sollen – wie man hört, ich habe das genauso gehört wie Sie, Herr Heinemann –, das würde vielleicht der Diskussion um Lieferungen des Schützenpanzers Marder hier bei uns neuen Schwung verleihen. Sie wissen, dass wir das in der FDP, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen das begrüßen. Wir wollen da einen Konsens in der Koalition herstellen. Der ist noch nicht da, insofern sind das interessante Nachrichten, sowohl aus Frankreich als auch aus den USA.

Heinemann: Sie haben gesagt, „neuen Schwung“ – kann Berlin jetzt noch eine Lieferung ablehnen?

Lambsdorff: Natürlich. Das sind nationale Entscheidungen und wir werden das in Berlin, wenn der Deutsche Bundestag sich dort wieder tritt, mit den Vertreterinnen und Vertretern in der Bundesregierung, diskutieren. Zurzeit ist die Lage so, wie sie der Bundeskanzler beschrieben hat: Wir unterstützen vor allem mit Luftabwehr und Artillerie – das ist ja auch schon eine substanzielle Unterstützung. Wir unterstützen humanitär und finanziell. Und bestimmte Kategorien von Kampffahrzeugen, also der Bradley – nochmal – ist ein Schützenpanzer und auch der AMX ist kein Kampfpanzer in dem Sinne, das ist ein Aufklärungspanzer. Das wird aber die Lage verändern, weil natürlich dann die Möglichkeit da ist, das Ganze so zu diskutieren, dass das Thema „Alleingang“ jedenfalls kein einschlägiges mehr ist. Also insofern, ich erhoffe mir da eine gewisse Öffnung der Diskussion in Berlin, jetzt im neuen Jahr, durch die Entscheidungen oder möglichen Entscheidungen Frankreichs und der USA und bin gespannt, wie die ausgehen.

Heinemann: Sie hoffen, Sie sind aber auch Realist – erwarten Sie neue Spannungen in der Koalition?

Lambsdorff: Nein. Ich glaube, dass wir das Gespräch darüber bereits seit Monaten sehr intensiv miteinander führen. Die Koalition arbeitet gut. Wir sind in der Grundausrichtung der Unterstützung der Ukraine auch völlig einig. Insofern glaube ich, da gibt es keine Spannungen, sondern es wird einfach eine neue Debatte im Lichte neuer Tatsachen geben. Das muss nicht zu Spannungen führen, sondern das wird zu interessanten und hoffentlich produktiven Gesprächen führen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.